

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band: 59 (1965)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : immer noch Vietnamkrieg ; Los Angeles - ein Zeichen ; Der Krieg um Kaschmir ; Weltraumstrategie ; Nichts Neues in Westdeutschland ; Wird Griechenland Republik?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141033>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nung lebt, wird Jan Hus zum meistgeliebten und schlimmstgehaßten Mann von Prag. Das Volk hängt an den Lippen des Predigers, «der in der Sprache seines Volkes, den Ungelehrten verständlich, aus heißem Herzen, mit der Leidenschaft des Wahrheitszeugen und des Kämpfers gegen das Unrecht mitten in das böhmische Leben hinein die Schrift auslegt. Aus dem bartlosen Gesicht mit den breiten Backenknochen, vollen Wangen und lebendigen, dunklen Augen schaut die Hörer einer der Ihrigen an, einer, der sie versteht und ihnen den Weg weist.» — Einige Seiten über das Papsttum des 14. Jahrhunderts und der damit zusammenhängenden Übelstände geben den geschichtlichen Hintergrund zu Hussens unerschrockenem Kampf. Bis fast zuletzt rechnet er mit der Möglichkeit einer Kirchenreform. Aus dem Bild, das Joachim Daxel von Hus zeichnet, bekommt man nicht den Eindruck, als ob dieser «hartnäckig» das Martyrium suche, wie das etwa in literarischen Bearbeitungen des Stoffes herausgearbeitet wird. Daß Hus angesichts der Würdelosigkeit des Konzils nicht auf ein Abschwören seiner Überzeugung eingehen konnte, ist begreiflich. Vor allem will er auch seine Anhänger nicht an ihm irre machen, was zweifellos der Fall wäre, wenn er auf die ihm unterbreiteten Scheinlösungen einginge. So hält er aus, während die ungesunden Kerker seine Gesundheit völlig erschüttert haben. Seine letzte Bitte an die Freunde ist, sie möchten fest bei der Wahrheit Gottes bleiben.

Wenn man bedenkt, daß der große Papst unsrer Tage, Johannes XXIII., den Namen jenes würdelosen Papstes übernommen hat, der als Reitknecht verkleidet aus Konstanz floh, und dem man selbst Mord nachsagte, bekommt das Konzil, das er einberufen hat für die Wiedervereinigung der getrennten Christen eine besondere Bedeutung. Wollte er nicht gut machen, was jener versäumt hatte und so die Forderungen der Reformatoren erfüllen? Es ist unausdenkbar, was aus diesem Konzil hätte werden können, wenn Papst Roncalli es nach seiner Inspiration hätte leiten und abschließen können. B. W.

WELTRUNDSCHAU

Immer noch Vietnamkrieg Der Zeitungsleser und Radiohörer vernimmt jeden Tag von so viel Kampf und Streit in aller Herren Ländern, daß es ihm gewiß manchmal ist, «als ginge ihm ein Mühlrad im Kopf herum». Da aber unsere Weltrundschau keine kommentierte Chronik aller einigermaßen wichtigen Vorgänge im Völkerleben sein will, sondern sich auf die Klärstellung der wesentlichen, womöglich der *entscheidenden* Entwicklungen beschränken muß, so wollen wir auch diesmal nur eine Auswahl unter den Gegenständen treffen, deren sachgemäße Würdigung für das Verständnis der Zeitereignisse unerläßlich ist. Und womit anderem könnten wir dabei anfangen als mit dem unseligen *Vietnamkrieg*?

Das Morden in Vietnam geht ja Tag und Nacht weiter. Und die Vereinigten Staaten werfen immer neue, mit den modernsten Vernichtungsmitteln ausgerüstete Streitkräfte in das unglückliche Land. Wie die «New York Times» aus Washington berichtet (24. August), erwägt man dort ernstlich, ob die Vereinigten Staaten nicht einfach Südvietnam in aller Form militärisch wie politisch in die eigene Hand

nehmen sollten. Die Marineinfanterie verlange 600 000 Mann, die Armee wolle 250 000 Mann als Sperrgürtel längs der Nord-Süd-Grenze aufgestellt wissen, während die Luftwaffe die hemmungslose Beschießung aller «interessanten» Ziele in Nord- und Südvietnam erstrebe. Aber offenbar wird es der Zivilregierung bei dieser immer weniger zu zügelnden Kriegführung allmählich doch etwas unheimlich zumut, gleitet doch so Amerika fast unaufhaltsam in jenen asiatischen Großkrieg hinein, der seit Korea das Schreckbild so vieler noch halbwegs besonnener Politiker ist. Die Regierung Johnson wiederholt jedenfalls immer wieder ihr Angebot von «Verhandlungen» über die Einstellung der Feindseligkeiten. Der Feind — Nordvietnam — müsse doch jetzt einsehen, daß die Amerikaner nicht mehr aus Vietnam vertrieben werden könnten, ohne ihr Ziel erreicht zu haben, daß also weiterer Widerstand zwecklos, ja selbstmörderisch sei. Und wenn er nicht bald Vernunft annehme, so werde die Stimmung in den Vereinigten Staaten nur immer erbitterter und würden Kriegführung und Friedensbedingungen Amerikas nur immer härter werden. Die kürzliche Zerstörung eines Elektrizitätswerkes in Nordvietnam, das zu einer Staudammanlage gehört, war zweifellos bereits eine in diese Richtung zielende Warnung, wären doch die Amerikaner durchaus imstand, die großen Staudämme in Nordvietnam von der Luft her zu sprengen und damit, als «Endlösung» der Vietnamfrage, ein paar Millionen «Kommunisten» zu ertränken . . .

Daß Regierung und Volk von Nordvietnam nicht gewillt sind, sich dieser Erpressertaktik zu unterwerfen, ist selbstverständlich. Ein Eintreten auf das, was die Amerikaner Friedensverhandlungen heißen — so erwidern sie —, käme ja nicht nur einer Anerkennung der unwahren amerikanischen Behauptung gleich, daß es sich in Südvietnam um einen von Nordvietnam (und China!) aus gesteuerten kommunistischen Angriff auf die Unabhängigkeit des südvietnamesischen Volkes und die Machtstellung der Vereinigten Staaten in Südostasien handle. Es hieße namentlich auch, daß Vietnam, das mit den Franzosen fertig geworden ist, an der Möglichkeit verzweifeln, seine Unabhängigkeit auch gegenüber den Vereinigten Staaten erfolgreich zu verteidigen, und sich der militärischen und finanziellen Übermacht des riesigen Amerika unterwerfen müsse. Und das weisen die Nordvietnamesen ebenso leidenschaftlich zurück, wie die südvietnamesische Befreiungsbewegung es tut. Den Versicherungen der Washingtoner Regierung, in allfälligen Friedensverhandlungen werde die volle Selbstbestimmung des Volkes von Vietnam in beiden Landesteilen gewährleistet werden, schenkt man in Nordvietnam keinen Glauben, weiß man doch zur Genüge, was die Amerikaner unter Selbstbestimmung der Völker verstehen: Niederhaltung jeder sozialen und nationalen Freiheitsbewegung, die auch nur von ferne als kommunistisch gebrandmarkt werden kann. Neuestes Beispiel: Santo Domingo. Es fällt den Regierenden in Washington gar nicht ein, etwa einer neuen Regierung in Saigon freie

Hand für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung Südvietnams und für die Vereinigung mit Nordvietnam zu geben, falls an dieser Regierung der Vietcong beteiligt wäre. Manchmal sprechen sie das auch ganz zynisch aus. Wir haben beispielsweise einen Bericht über eine Unterredung vor Augen, den der jetzige USA-Botschafter in Saigon, Henry Cabot Lodge, zu Beginn dieses Jahres mit einem Vertreter der großen amerikanischen Wochenschrift «US News & World Report» hatte (siehe Nummer vom 15. Februar 1965). Der Journalist fragte den Botschafter, ob die «Einladung» der südvietnamesischen Regierung an die Vereinigten Staaten, ihr militärisch zu Hilfe zu kommen, dahinfallen würde, wenn eine neue Regierung in Saigon ans Ruder käme. Die Antwort lautete:

«Nicht notwendigerweise, glaube ich. Dieses Land ist nicht nur für die Vietnamesen wichtig. Es ist auch für die Vereinigten Staaten sehr wichtig. Und ich glaube nicht, daß wir unsere Beziehungen zu Vietnam von irgendeinem Taschenspielertrick abhängig machen sollten, der in Saigon ausgeführt würde.»

Weitere Frage: «Heißt das, daß wir verpflichtet seien, in Vietnam zu bleiben, ob wir nun eingeladen sind oder nicht?»

Antwort: «Das kann sehr gut der Fall sein, jawohl. Für Amerika ist es ein Lebensinteresse, diesen Raum den Kommunisten vorzuenthalten. Wir hätten also sicher ein Recht, ein Begehren auf unseren Rückzug zu mißachten, wenn es die Folge einer kommunistischen Machtergreifung mit revolutionären Mitteln wäre.»

Frage: «Meinen Sie, wir hätten ein Recht, im Interesse des Weltfriedens dort zu bleiben?»

Antwort: «Ich möchte sagen, daß eine Machtergreifung durch die Kommunisten in Vietnam nicht nur eine äußerst zersetzende Wirkung in Südostasien hätte, sondern auch weltweite Folgen haben und sicher unsere Stellung in Berlin erschüttern würde.»

Mr. Lodge brauchte nicht erst an Iran, die Türkei, Griechenland, die Tschechoslowakei, an Korea, Malaya und die Philippinen zu erinnern, um klarzumachen, daß die Vereinigten Staaten unbedingt das Recht haben müßten, überall in der Welt militärisch oder doch politisch einzugreifen, wo die Gefahr einer kommunistischen Revolution drohe. Und Präsident Johnson hat ja im Zusammenhang mit Santo Domingo und Kuba ausdrücklich dieses Recht für die Nordamerikanische Union in Anspruch genommen. Zum Überfluß läßt sich die «Neue Zürcher Zeitung» unter dem 30. August aus Washington melden, es komme darauf an, «ob eine Friedensregierung in Südvietnam den Volkswillen repräsentieren und international kontrollierte Wahlen ermöglichen oder aber unter Vietcong-Kontrolle stehen würde», was Washington nicht zulassen wolle und könne. Was nach amerikanischer Auffassung eine «Friedensregierung» wäre, die im Gegensatz zum Vietcong den Volkswillen vertreten würde, weiß natürlich alle Welt: eine der üblichen Marionetten Washingtons, die alles, nur nicht

den Volkswillen darstellen könnte. Und doch müßte der Hauptpartner der USA bei Friedensverhandlungen der Vietcong sein, die Nationale Befreiungsfront, die die entscheidende Trägerin des Kampfes gegen die Regierung von Saigon ist und bleibt. Ihre Vertreter müßten nicht nur «angehört» werden, wie Johnsons Sonderbotschafter Harriman dieser Tage sagte, sondern ein maßgebendes Wort bei allen Verhandlungen mitreden. Die Regierung von Nordvietnam wäre gewiß ebenfalls an Verhandlungen zu beteiligen, und daß an einer neuen «Genfer Konferenz» wie derjenigen von 1954 auch China Sitz und Stimme haben müßte, sollte erst recht klar sein, ist es doch einfach unmöglich, eine haltbare Friedensordnung in Südostasien aufzurichten, solange China nicht auch beigezogen wird. Und gerade davon wollen die Vereinigten Staaten nichts wissen.

Was für eine andere Aussicht besteht also unter diesen Umständen, als daß die Vereinigten Staaten ihren Vietnamkrieg fortsetzen und immer höher steigern? Mit welchem Ziel aber? Im besten Fall, das heißt wenn Nordvietnam zusammenbrechen und auch der Vietcong — was dann freilich noch gar nicht sicher wäre — den Kampf einstellen sollte, könnten die Vereinigten Staaten dem Volk und Land von Vietnam nur einen Gewaltfrieden aufzwingen, der keinen Bestand hätte und von den Besiegten keinen Augenblick anerkannt würde. Im schlimmen Fall aber, das heißt wenn Vietnam von China oder sogar von der Sowjetunion Hilfe erhielte, die ihm den weiteren Widerstand erlauben würde, stünden wir vor einer Kriegsausweitung, die die halbe Menschheit erfassen würde. Man fragt sich wirklich, wie die Vereinigten Staaten aus ihrem südostasiatischen Abenteuer herauskommen wollen, ohne sich und die Welt vollends ganz ins Verderben zu stürzen.

Los Angeles – ein Zeichen Johnsons Vietnamkrieg ist um so frevelhafter, als die Vereinigten Staaten auf ihrem eigenen Boden wahrhaftig mehr als genug zu tun hätten, um «der Freiheit eine Gasse zu bahnen». Oder sind nicht die blutigen Unruhen in der *Negerstadt von Los Angeles* ein vielleicht letztes Warnungssignal an die herrschende Klasse der Union? In Los Angeles mögen besondere, in anderen Großstädten des amerikanischen Westens, Nordens und Ostens in diesem Grad nicht vorhandene Mißstände vorliegen, die die vorderhand mit Militärgewalt unterdrückte Rebellion der Schwarzen erklären: ein außergewöhnlicher Zustrom von Negern aus dem unterentwickelten Süden gerade nach Kalifornien, eine unheimliche Wohnungsnot im «schwarzen Ghetto», überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, in besonders hohem Grad Jugendverwilderung, Verbrechen, Prostitution, Familienzersetzung, Verwahrlosung, Elendskrankheiten und dergleichen. Aber im Grund ist Los Angeles doch ein furchtbarer Hinweis auf die Negerfrage in den USA ganz allgemein und ihren revolutionären Sinn.

In den «Neuen Wegen» sind die Verhältnisse, unter denen die 21 Millionen nordamerikanischer Neger leben und sterben, wiederholt so einläßlich geschildert worden, daß hier nur ganz summarisch daran erinnert zu werden braucht. Es ist ja nicht nur ihre Zurücksetzung als *Rasse*, unter der die Neger leiden (trotz der großen Erleichterung des Wahlrechts und des Zugangs zu den Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen). Es ist noch viel mehr ihre Unterdrückung und Ausbeutung als *Klasse*, die die schwarze Bevölkerung mehr und mehr empört und zur Auflehnung gegen die ganze Gesellschaftsordnung treibt, die solche Unmenschlichkeit gestattet, ja verlangt. Wir denken an die besonders niedrigen Löhne der meisten schwarzen Arbeitskräfte, an die verheerende Arbeitslosigkeit unter ihnen, namentlich unter den Jugendlichen, an die unwürdigen, ungesunden Behausungen, an die schlechte Schulbildung der Neger, an die Erschwerung ihrer Aufstiegsmöglichkeiten in Beruf und Gesellschaft, kurz, an die weitgehende Unmöglichkeit für die Neger, innerhalb der herrschenden Wirtschafts- und Sozialverfassung zu Wohlstand, Selbstachtung und Gleichberechtigung mit den Weißen zu kommen. Die Radikalisierung der Negermassen in den USA schreitet denn auch unaufhaltsam voran, und wenn sie auch, noch abgesehen von Los Angeles, oft Formen annimmt, die ans Phantastische grenzen (zum Beispiel die Bewegung für einen rein schwarzen großen Sonderstaat in den USA oder für die Rückwanderung der Neger nach Afrika), so ist doch kein Zweifel, daß die Negerfrage in den Vereinigten Staaten nicht gelöst werden kann, ohne daß die auf Geldgewinn und Brutalität gegründete gesellschaftliche und politische Ordnung der USA von Grund auf umgewandelt und erneuert wird. Und man wird den Eindruck nicht los, daß gerade das tiefe Widerstreben der großen Mehrheit der weißen Amerikaner gegen eine solche Wandlung die Vereinigten Staaten dazu treibt, in der Welt draußen die Rolle des großen Gegenrevolutionärs zu spielen und alle Ansätze zu einer sozialen Umwälzung, wo sie auch bemerkbar werden mögen, mit letzter Gewalttätigkeit zu zertreten. Daß damit weder in Asien, Afrika und Lateinamerika — von Europa nicht zu reden — die längst fällige gesellschaftliche Revolution verhindert noch der nordamerikanische Neger «auf seinem Platz gehalten» werden kann, scheint den Nutznießern des Bestehenden nicht klar zum Bewußtsein zu kommen. Uns andere bedrängt aber immer stärker die Sorge, daß die Vereinigten Staaten in Leichtsinn und Verblendung einer Katastrophe entgegengehen, von der wir nur hoffen können — ohne überzeugt zu sein —, daß sie nicht uns alle verschlinge.

Der Krieg um Kaschmir Wie übervoll die Welt von Gewalttätigkeit ist, von jenem Geist also, der die Völker in den Abgrund zu stoßen droht, erleben wir jetzt wieder an dem Krieg, der zwischen *Pakistan und Indien* um den Besitz von

Kaschmir ausgebrochen ist. Das überwiegend mohammedanische Kaschmir war ja 1947, nach dem Ende der britischen Kolonialherrschaft, durch eigenmächtigen Entschluß seines reaktionären Maharadscha an Indien angeschlossen worden. Ein Versuch, es für Pakistan zu erobern, scheiterte, und auch durch den Waffenstillstand von 1949, den die Vereinten Nationen vermittelten, kam nur etwa die Hälfte von Kaschmir an Pakistan. Alle Bemühungen um eine endgültige Beilegung des Streites, die seither unternommen wurden, scheiterten; Nehru fürchtete, Zugeständnisse an Pakistan würden nur neue Metzeleien unter den Mohammedanern des hinduistischen Indiens hervorrufen, und sein Nachfolger, Shastri, scheute sich, nach der (selbstverschuldeten) Niederlage der indischen Armee im Krieg mit China durch Entgegenkommen an Pakistan seinem Land eine neue «Demütigung» zu bereiten. Schließlich verkündete Indien in aller Form die Eingliederung ganz Kaschmirs in den indischen Bundesstaat — und das zwang (wie sie meint) die pakistanische Regierung zum Losschlagen. Welches genau das politische Ziel des Einbruches pakistanischer Armee-Einheiten in das indische Kaschmir war, das dann zur Kriegserklärung Indiens führte, sieht man bisher noch nicht recht. Auf jeden Fall hat Pakistan mit seiner tüchtigen Armee, seiner verhältnismäßigen politischen Standfestigkeit und seinem zunehmenden Wohlstand erhebliche Aussicht, militärisch die Partie zu gewinnen.

Die Einmischung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in den Krieg hat vorerst so wenig Aussicht auf Erfolg wie die guten Ratschläge Großbritanniens und Amerikas, zumal sich Pakistan, der frühere Verbündete der Vereinigten Staaten, von China unterstützt weiß, während die Sowjetunion zwar Indien in den letzten Jahren ausgiebig mit Waffen und Kriegsgerät beliefert hat, aber jetzt ängstlich auf Neutralität bedacht ist. Welche Lösung schließlich der Streitfall finden wird, ist im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht erkennbar; doch darf als ziemlich sicher angenommen werden, daß sich keine internationalen Verwicklungen aus dem Kaschmirkonflikt ergeben werden — anders als im Fall von Vietnam, das eben unmittelbar in den Weltkampf der unterentwickelten Völker gegen kolonialistische und imperialistische Beherrschung hineingeraten ist. Aber wie sinnlos ist doch im Grund auch dieser Krieg um Kaschmir! Jetzt müssen Tausende von Menschen sterben, weil die sehr zweitrangige Frage der Zugehörigkeit von Kaschmir zum einen oder anderen seiner Nachbarstaaten nicht friedlich-schiedlich gelöst werden konnte, während Tag für Tag, Jahr um Jahr ungezählte Inder und Pakistaner in den Straßen der Städte und in den Hütten der Tausende von Dörfern Hungers sterben! *Den Krieg gegen den Hunger* zu führen — das ist die vordringlichste Aufgabe sowohl Indiens wie Pakistans. Und solange er nicht gewonnen ist, sind alle «nationalen» Belange und Ziele durchaus nebensächlich, wenn ihre Aufbauschung zu Lebensfragen der beteiligten Völker nicht geradezu ein Versuch ist,

die Aufmerksamkeit und den Kampfwillen der Völker von ihren wirklichen Lebensfragen — im wörtlichen Sinn verstanden — abzulenken. Es ist ein Verbrechen an ihren unterernährten, verelendenden Millionen von Volksgenossen, das die Regierenden in Pakistan und Indien jetzt begehen, ganz einerlei, auf welcher Seite das größere Recht oder Unrecht in diesem Machtkampf ist.

Weltraumstrategie Und nun sitzen in Genf wieder die Vertreter von 18 Ländern am Konferenztisch beieinander und beraten ohne verständnisvolles Augenzwinkern über die *internationale militärische Abrüstung*! Es ist tatsächlich schwer, diese endlosen Auseinandersetzungen und gegenseitigen Anklagen überhaupt ernstzunehmen. Hauptgegenstand der Konferenz ist die Frage, wie die weitere *Ausbreitung des Besitzes von Kernwaffen* über den Kreis der vier bisherigen Besitztümmer hinaus verhindert werden könne. Die Vereinigten Staaten haben sofort einen entsprechenden Vertragsentwurf vorgelegt, aber es ist von vornherein klar, daß er sein Ziel nicht erreichen wird, auch wenn an der Konferenz selbst Übereinstimmung über den Vertragstext erzielt werden sollte.

Zunächst ist keine Rede davon, daß auch *China* zu den Beratungen beigezogen werden soll, China, das seine ersten Atombomben bereits fertiggestellt hat. Es bliebe ihm also nur die Wahl, entweder ein Abkommen zu unterschreiben, zu dem es nichts zu sagen hatte (wie zu dem früheren Moskauer Abkommen über die Einstellung von Kernwaffenerprobungen auch nicht), oder aber an der Schaffung einer eigenen atomaren Streitmacht weiterzuarbeiten. Natürlich wird es die zweite Möglichkeit wählen. Sodann gibt es ja eine ganze Reihe anderer Kandidaten für den Besitz eigener Kernwaffen: Indonesien, Ägypten, Israel usw., die sich nicht für alle Zeit «die Hände binden lassen wollen», wie das Schlagwort unserer schweizerischen Atomwaffenliebhaber lautete, als wir ein grundsätzliches Verbot der Herstellung und des Erwerbs von Atomwaffen für die Schweiz verlangten.

Die Hauptschwierigkeit in Genf ist aber das Streben *Westdeutschlands* nach der (möglichst maßgebenden) Mitverfügung über den Einsatz von Kernwaffen im Rahmen der NATO. Mit Hilfe dieser Mitverfügung die Bundesrepublik in den Rang einer «wirklichen» politischen Großmacht zu erheben, wie sie bereits wieder eine wirtschaftliche Großmacht sei, das ist eines der obersten Ziele der Außenpolitik Bonns geworden. Kein Wunder darum, daß man in der Bundesrepublik die Genfer Verhandlungen mit Unbehagen und Mißtrauen verfolgt, wenn auch nur Altkanzler Adenauer offen gesagt hat, der amerikanische Vorschlag gehe von einer «grauenvollen, gefährlichen und grundfalschen Theorie» aus und drohe Europa «den Russen zu überantworten». Amerika sucht die Westdeutschen zu beschwichtigen, während die britische Regierung eher «Sicherungen» gegen die Bonner Absichten erstrebt und nur die Sowjetunion planmäßig und (mit Wor-

ten wenigstens) scharf gegen jede Form der Weitergabe von Kernwaffen an die Bundesrepublik arbeitet. Die Genfer Verhandlungen sind denn auch bisher gänzlich ergebnislos verlaufen, und die Konferenz hat sich fürs erste einmal überhaupt vertagt.

Mittlerweile rüsten die großen und kleinen Militärmächte fröhlich weiter, wie wenn es gar keine Abrüstungsverhandlungen gäbe. Am tollsten treiben es (soviel man wenigstens weiß) die Vereinigten Staaten. Sie erstreben mit fieberhaftem Eifer und riesigen Geldmitteln nichts Geringeres als die *militärische Beherrschung des Weltraums*. Denn das ist in der Tat der Sinn der Ankündigung Präsident Johnsons vom 25. August, die mit Recht größtes Aufsehen in der ganzen Welt erregt hat, daß die Vereinigten Staaten im Jahr 1968 ein «bemanntes Laboratorium» in den Weltraum hinaussenden würden, um «auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens und der Abwehr und Friedenssicherung» (!) neue, entscheidende Kenntnisse zu gewinnen. Es handelt sich bei diesem ungeheuerlichen Plan nach den bis jetzt zugänglichen, freilich lückenhaften privaten Mitteilungen darüber um folgendes:

Die Führung der amerikanischen Luftwaffe ist zu der Überzeugung gelangt, daß das in den letzten Jahren entwickelte Raketen-system überholt, weil durch die sowjetischen Gegenraketen gefährlich verwundbar geworden sei. Es gelte darum, nun «Weltraumkreuzer» zu entwickeln, die mit dem *Mond* als Stützpunkt Raketen mit thermodynamischen Sprengköpfen befördern könnten. Die erste Aufgabe soll die Herstellung bemannter Weltraumlaboratorien (Manned Orbital Laboratories, MOL) sein, militärischer Stationen im Weltraum, die von Raumkapseln nach Art der «Gemini» aus im Pendelverkehr bedient würden. Jede der sich ablösenden Besatzungen der Raumkapseln soll bis zu dreißig Tagen im Weltraum bleiben können und Material aller Art auf das Laboratorium hinüberschaffen. Voraussetzung dafür ist die Entwicklung einer Umsteige- und Umladetechnik, wie sie die ersten Gemini-Fahrer anzuwenden suchten, ohne daß es ihnen gelungen wäre. Dieser Mißerfolg ändert aber nichts an der Überzeugung der amerikanischen Konstrukteure, daß eine solche Technik in naher Zukunft ausgebildet werden könne, so daß einem Flug nach dem Mond grundsätzlich kein Hindernis mehr im Weg stehe. Es handelt sich also weder bei den Gemini-Flügen noch bei den ständigen Weltraumstationen um bloße ehrgeizige technische Unternehmungen, sondern einfach um die Beherrschung des Weltraums zu militärischen Zwecken vom Mond aus. Wer zuerst auf dem Mond ist, kann Dutzende von Weltraumkreuzern in Betrieb setzen, die in verschiedenen Höhen jedes beliebige Land zu überfliegen vermögen. «Die Macht, die den Mond erreicht und sich dort zuerst einrichtet, wird strategisch die Welt beherrschen», sagte der deutschamerikanische Kernwaffenforscher Wernher von Braun.

Ein wahrhaft phantastisches Unterfangen, das die Amerikaner jetzt auszuführen begonnen haben! Wollten die Russen die Vereinig-

ten Staaten angreifen — so rechnet man in den USA —, dann müßten sie zuerst den strategischen Stützpunkt auf dem Mond zerstören, und das erforderte im besten Fall zweieinhalb Tage — Zeit genug, um die Sowjetunion zu vernichten. Die amerikanische Überlegenheit wäre um so erdrückender, als die MOL-Stationen mit einem ganzen System von Beförderungs- und Bombardierungseinrichtungen samt allem übrigen Kriegsmaterial ausgestattet und außerdem von weiteren, noch viel wirksamer arbeitenden Weltraumstützpunkten zur Vernichtung des Feindes gefolgt sein sollen.

Natürlich werden die Russen nicht untätig zuschauen, wie die Amerikaner den Mond erobern wollen, um «den Frieden zu sichern». Man munkelt schon jetzt von einer großen Überraschung, die von den sowjetischen Wissenschaftern und Technikern vorbereitet werde. Auf jeden Fall würde die Verwirklichung der amerikanischen Pläne und der noch unbekanntem Gegenprojekte der Sowjetregierung einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Kriegsrüstung und Kriegführung eröffnen. Oder wird die unerhörte Revolution der Vernichtungstechnik, die im Gang scheint und die weit über die seit Hiroshima zustande gebrachten Umwälzungen hinausgeht, *den Krieg endgültig unmöglich machen*? Wir ersehnen es mit unserer ganzen Kraft, welche Erschütterungen die Menschheit bis dahin auch noch erleben mag.

Nichts Neues in Westdeutschland Am 19. September, also wenn dieses Heft unserer Zeitschrift schon in den Händen der Leser ist, werden in der Bundesrepublik Deutschland die *Wahlen zum Bundestag* stattfinden. Sie werden keine grundstürzende Änderung, weder in der Innen- noch in der Außenpolitik der Bonner Regierung, bringen. Und eben das ist ja das Bezeichnende an diesem sogenannten Wahlkampf: die drei Hauptparteien — Christlich-Demokratische Union (CDU), Sozialdemokratische Partei (SP) und Freie Demokratische Partei (FDP) — ziehen im Grund am gleichen Strang und unterscheiden sich höchstens in zweit- und dritrangigen Fragen, um die denn auch einzig die Auseinandersetzung gegangen ist und weitergeht.

Und doch wäre eine tiefgreifende Änderung der ganzen Richtung der westdeutschen Politik heute notwendiger als jemals zuvor. Welch großartige Gelegenheit hätte eine große, volkstümliche Oppositionsbewegung bei der diesmaligen Neubestellung des Bundesparlaments gehabt! Die Leistungen der bisher maßgebend gewesenen Regierungspartei in den vergangenen 16 Jahren sind ja einfach verheerend und verhängnissschwer. Ja, das «Wirtschaftswunder», das während ihrer Regierungszeit zustande kam, die fast beispiellose Steigerung und Verbreiterung des materiellen Wohlstands in der Bundesrepublik, ist noch immer das Glanz- und Paradestück der CDU-Propaganda. Aber was steht denn in Wahrheit hinter diesem «Wunder»? Doch in erster

Linie die hemmungslose Entfesselung der egoistischen Gewinn gier und Arbeitswut, wie sie dem Katechismus des kapitalistischen Glaubens entspricht. Sie hat gewiß ihren Dienst soweit auch getan; aber die sittlich auflösenden und zersetzenden Wirkungen dieser kanalisierten Massenselbstsucht treten je länger, desto erschreckender zutage und verwüsten auch das öffentliche Leben auf beinahe hoffnungslose Art, noch ganz abgesehen davon, daß Armut und Not in nicht unerheblichem Maß auch noch in Westdeutschland verbreitet sind. Die Politik der Wirtschaftswunderzeit ist jedenfalls bedenklich genug. Dem Wiederaufstieg der rücksichtslos habgierigen kapitalistischen Kräfte geht zur Seite ein neuer Nationalismus und Militarismus, der die schwersten Gefahren für Europa in sich birgt, wobei nicht einmal dem Weiterleben des nazistischen Ungeistes in breiten Schichten der Bevölkerung und in unzähligen wichtigen Stellen der Wirtschafts- und Staatsorganisation die entscheidende Bedeutung zugeschrieben sein soll. Die Demokratie ist in der Bundesrepublik eine bloße Formsache geworden, wenn sie jemals mehr war; die im Gang befindliche Notstandsgesetzgebung genügt, um uns daran zu erinnern, daß zur förmlichen, offenen Aufrichtung eines autoritären Staates kein großer Schritt mehr zu tun ist. Die Wiedervereinigung mit Ostdeutschland aber ist dank der gehässig-dummen Politik der Adenauer-Erhard-Regierungen weiter in die Ferne gerückt, als sie es seit der Schaffung der Bundesrepublik jemals war.

Kurz, einer klarsehenden, volksverbundenen Oppositionsbewegung, die aufs Ganze ginge, hätten sich in Westdeutschland schon längst die dankbarsten und dringendsten Aufgaben gestellt — wenn sie dagewesen wäre. Aber sie war nicht da und ist nicht da. Wohl gibt es eine ganze Anzahl von politischen Gruppierungen, die in mehr oder minder scharfem Gegensatz zum Regierungskurs stehen. Aber sie sind anscheinend heillos eigenbrötlerisch und uneinig; nicht einmal für diese Bundestagswahl haben sie sich zu einem Dachverband zusammenzuschließen vermocht, so daß sie eben nicht nur getrennt marschierten, sondern auch vereint geschlagen zu werden die beste Aussicht hatten. Und gar die Sozialdemokratie! Daß Gott erbarm! Die hat nicht nur seit Jahr und Tag ihren gesamten «marxistischen Ballast» abgeworfen, sondern hat sich der CDU allmählich in einem Maß angeglichen, daß gewiß viele Wähler und Wählerinnen einen durchgehenden, klaren Unterschied zwischen den beiden großen Parteien nicht mehr zu erkennen vermochten. Vor allem in der Außenpolitik übertrifft die SP ihre Kollegin womöglich noch an nationalistischer Borniertheit und antikommunistischem Stumpsinn. Und wenn sie auch in der Innenpolitik den wirklichen Notwendigkeiten gegenüber aufgeschlossener ist als die CDU, namentlich angesichts des berüchtigten «Bildungsnotstands» und der ganz mangelhaften Fürsorge für die Volksgesundheit, so macht sie das noch lange nicht zu einer verantwortungsbewußten Oppositionspartei. Die SP ist, im ganzen ge-

nommen, unter der Führung eines Herbert Wehner, geistig völlig verarmt, ja verdorben worden; ihr ganzes Streben ist auf die endliche Teilnahme an der Machtausübung gerichtet, dieses hehre Ideal, dem sie alles geopfert hat, was ihren Daseinsgrund ausmachen sollte.

Und hierin wird sie auch — wenn man zehn Tage vor der Wahl eine Vorhersage wagen darf — Erfolg haben. Die SP hat Aussicht, zwar wohl nicht die absolute Mehrheit im Bundestag zu erlangen, aber doch über die CDU hinaufzukommen. Ihr Kanzlerkandidat Willy Brandt, reisender Bürgermeister von Westberlin, hat jedenfalls an Beliebtheit bei der Wählerschaft in der letzten Zeit stark gewonnen und kann recht gut Ludwig Erhard ablösen, dessen Stern deutlich im Sinken ist, so wie auch seine Partei, die CDU, bei den letzten paar Wahlen zum Bundestag mehr und mehr an spezifischem Gewicht verloren hat. Wenn nicht die «Freien Demokraten» unverhofft gut abschneiden, dann dürfte es jetzt wirklich zu der «Großen Koalition» von SP und CDU kommen, der die sozialdemokratische Führung mit allen Kräften zustrebt. Und das hieße, daß sich an der Grundhaltung der westdeutschen Regierung nichts ändern wird. Der Anstoß zu einer solchen Änderung wird aus Schuld des Versagens des Volkes von außen her kommen müssen — und er *wird* kommen. Wie und woher — das ist noch verborgen.

Wird Griechenland Republik? In *Griechenland* gehen wichtige Dinge vor. Eine bürgerlich-demokratische Revolution ist im Gang, die über ihre bisherigen gemäßigten Formen hinausdrängt und den Sturz der Monarchie herbeizuführen droht, aber gleichzeitig auch unter dem Druck der Arbeiter zu Stadt und Land nach «links» strebt in der Richtung einer einschneidenden sozial-wirtschaftlichen Neuordnung.

Fassen wir knapp die Ereignisse der letzten zwei Monate zusammen. Ministerpräsident Georges Papandreou hatte dank dem unerhörten Wahlsieg seiner fortschrittlich-liberalen Zentrumsunion im Februar 1964 eine fast unangreifbare politische Machtstellung gewonnen. Die alten konservativen Gruppen, verbündet mit dem Handels- und Industriekapital, den höheren Militärführern und dem Königshof, fühlten sich mehr und mehr bedroht. Und als Papandreou selbst auch das Kriegsministerium übernehmen wollte, das der Hofgeneral Garoufalias innehatte, zwang ihn der König zum Rücktritt, um die schon gefährlich weit vorgeschrittene «Liberalisierung» des Offizierskorps zu verhindern und sich die Armee als beste Stütze des Thrones zu erhalten.

Der Hof — um diese abgekürzte Bezeichnung für die gesamte Rechte zu gebrauchen — gab sich alle Mühe, die Mehrheit, über die Papandreou im Parlament gebot, zu sprengen, nicht zuletzt durch das Angebot von Ministerposten an eine Reihe von bisherigen Führern

der Zentrumsunion und durch das Versprechen, den Zentrumsabgeordneten finanzielle «Entschädigungen» auf Lebenszeit ausrichten zu lassen, auch wenn sie nicht mehr gewählt würden. Der großangelegte Bestechungsversuch scheiterte; die Papandreou ergebene Parlamentsmehrheit blieb im wesentlichen beieinander, und Papandreou stellte sich an die Spitze einer machtvollen Volksbewegung, die in den großen Städten wie Athen und Saloniki, aber erstaunlicherweise auch auf dem Land angehoben hatte, von Tag zu Tag radikaler wurde und nicht nur den Ruf «Hinaus mit der Deutschen!» (der Königinmutter Friederike) zu ihrem Losungswort machte, sondern immer offener den Rücktritt des jungen Königs selber forderte. Ob sich der Hof in dieser heiklen Lage zu einem Kompromiß mit Papandreou verstehen und ob dieser selbst auf eine solche «Lösung» der Krise eintreten wird, steht im Augenblick noch dahin; sicher ist, daß in diesem Fall die «Volksfront»-Bewegung früher oder später über Papandreou und seinen Anhang hinausdrängen und aufs Ganze gehen wird — auch auf die Gefahr hin, daß die konservativen und reaktionären Kräfte neuerdings zur Militärdiktatur greifen.

Griechenland steht so am Beginn eines neuen Kapitels seiner dreitausendjährigen Geschichte. Eine unterentwickelte Wirtschaft und rückständige Gesellschaftsgliederung verurteilt bis zum heutigen Tag einen Großteil des Volkes zu schwarzer Armut, geistiger Verkümmern und politischer Unfreiheit, den mehr oder weniger demokratischen Formen seines öffentlichen Lebens zum Trotz. Papandreous Partei, eine ziemlich lose Verbindung verschiedenartiger mittelständischer und kleinbürgerlicher Gruppen, ist aber bereits Ausdruck einer Gegenbewegung gegen die herkömmliche politisch-gesellschaftliche «Ordnung». Handwerker und Bauern, kleine und mittlere Unternehmer, Intellektuelle, Angehörige der freien Berufe — sie alle stellen sich immer feindseliger gegen das Königshaus, die korrupten Politiker, die herrschsüchtigen Generale und die Reeder, Industriellen und Bankiers, die sie anklagen, die Entwicklung Griechenlands zu modernen wirtschaftlichen und sozialen Lebensformen zu versperren. Zielscheibe wird dabei mehr und mehr König Konstantin, ein geistig sehr mittelmäßig begabter Lebemann, dem das Volk seinen luxuriös-ausschweifenden «Betriebsstil» nachsah, solange er Kronprinz war, dem es jetzt aber seine zahlreichen Schlösser in Europa und seine in Schweizer Banken liegenden Millionen nachrechnet und dem es seine enge Verbindung mit griechischen Finanzgrößen und Großspekulanten sehr übelnimmt.

Und was nun besonders kennzeichnend für die Lage ist: die bürgerlich-liberale Bewegung findet mehr und mehr Anschluß an die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften machen sich entschlossen frei von der Bevormundung durch die Rechte, unter der sie bisher standen, und gleichzeitig verliert die Monarchie mit ihren konservativen Stüt-

zen immer auffälliger ihre Gefolgschaft unter der Landbevölkerung, die noch vor wenigen Jahren nicht gegen den an Terror grenzenden Druck von oben aufzubegehren gewagt hatte. Ja sogar die Polizei beginnt unzuverlässig zu werden; bei den großen Kundgebungen in Athen ließ sie wiederholt die Dinge gehen, wie sie wollten, und wich trotz zahlenmäßiger Überlegenheit mehr als einmal vor verhältnismäßig kleinen Volksversammlungen mutlos zurück. Ein untrügliches Zeichen der Erschütterung und wachsenden Unbeliebtheit der bestehenden Ordnung!

Wie die Entwicklung weitergehen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Die wirtschaftliche Stellung des reichen Bürgertums und seine politischen Machtmittel sind immer noch stark genug, um eine gewaltsam-revolutionäre Erhebung des Volkes zu verhindern. Und Papandreou selbst ist im Grund ein Vertreter der überlebten Politikerklasse, der den im Volk aufgebrochenen neuen Kräften und der aufstrebenden jungen Generation ohne tieferes Verständnis gegenübersteht. Es wäre durchaus möglich, daß er, der immer noch an eine Entwicklung Griechenlands zu einer «gekrönten Demokratie» glaubt, mit dem König irgendeinen Vergleich schließt, etwa auf der Grundlage, daß der Hof auf eine Militärdiktatur verzichtet und in Neuwahlen einwilligt, die dann aber wie üblich von der Armee und der Polizei «gemacht» würden und zu einer «nationalen Koalition» führen müßten, an der auch Papandreou beteiligt wäre, hat er doch offenbar Angst, von einer radikalen Volksbewegung überspült und auf die Seite geschoben zu werden. Und da die Kommunistische Partei weiterhin verboten bleibt, so wäre als organisierte Linksgruppe nur die EDA übrig, die Partei der «Demokratischen Aktion», die vorerst schon im Zügel zu halten wäre. «Die alte Politikerklasse und der Königspalast», so schreibt Serge Mallet im «Nouvel Observateur» (Nr. 42), «die einander feind, aber Erzeugnisse der gleichen altertümlichen Gesellschaft sind, laufen so Gefahr, schweigend ihre strafbare Zusammenarbeit erneuern zu müssen, die — außer kurzen geschichtlichen Zwischenperioden — Griechenland seit anderthalb Jahrhunderten auf den Rang eines kleinen Balkanfürstentums herabgedrückt hat. Immerhin», so meint der französische Beobachter, «erlaubt die Tiefe der Volksströmung diesmal die Annahme, daß es so nicht mehr lang weitergehen wird.» Was mit den Berichten anderer Zeugen der jüngsten Ereignisse übereinstimmt und jedenfalls auch unsere Hoffnung ist. Das griechische Volk hat wahrhaftig unter den Mißbräuchen seiner verrotteten Oberklasse genug gelitten, um endlich einmal bessere Tage zu verdienen!

8. September.

Hugo Kramer